



Bundestags- brief

Nr.34 • Die Woche im Bundestag • 07.03.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Die politische Lage in Deutschland

Große Koalition bringt Deutschland voran: Auf der gemeinsamen Klausurtagung der geschäftsführenden Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD vergangene Woche in Bonn haben wir deutlich gemacht: Die Große Koalition ist handlungsfähig und löst die wichtigen Probleme unseres Landes. In vertrauensvoller Atmosphäre haben wir wichtige Durchbrüche in entscheidenden Feldern erreicht:

Bei der Pflegeversicherung bleibt es den Ländern überlassen, ob sie bestehende Einrichtungen einbinden oder neue Pflegestützpunkte aufbauen wollen. Damit stellen wir sicher, dass die Gelder der Pflegeversicherung bei den Pflegebedürftigen ankommen und nicht in bürokratische Strukturen gesteckt werden.

Mit der Eigenheimrente unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger bei der Bildung von Wohneigentum. Die eigene Immobilie ist weiterhin nicht nur eine sichere, sondern auch die in der Bevölkerung beliebteste Form der privaten Altersvorsorge. Deswegen ermöglichen wir es den Bürgerinnen und Bürgern, das in der Riester-Rente angesparte Kapital zur Finanzierung der Wohnimmobilie zu entnehmen. Auch wenn wir nicht alle unsere Vorstellungen durchsetzen konnten, ist das doch ein wichtiges Signal für den Wohnungsbau.

Zudem haben wir mit einem gemeinsamen Positionspapier erneut die Bedeutung der Integrationspolitik unterstrichen. Darin machen wir deutlich: Wir wollen die Integration und laden die bei uns lebenden und integrierten Ausländer ein, sich um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bemühen. Wir sind uns aber mit der SPD einig, dass der Erhalt der Staatsbürgerschaft am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen muss.

Mit der verbesserten Opferentschädigung bei Gewalttaten wollen wir sicherstellen, dass zukünftig deutsche Staatsbürger und Angehörige deutscher Staatsbürger, die im Ausland Opfer eines terroristischen Anschlags werden, ein An-

recht auf Entschädigung haben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht deutlich: Wir lassen die Opfer nicht allein.

Weiterhin werden wir die Rente für Contergan-Geschädigte verdoppeln, um den Opfern dieses Medizinskandals eine angemessene Versorgung zu sichern. Mit über 15 Millionen Euro im Jahr zusätzlich werden wir die Betroffenen unterstützen. Alle Beschlüsse tragen die Handschrift der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wir sind die treibende Kraft der Großen Koalition und lösen die Probleme unseres Landes, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Linkspartei inhaltlich bekämpfen:

Der Einzug der Linkspartei in die Landtage von Hessen, Niedersachsen und Hamburg erfüllt uns mit Sorge. Die Linkspartei ist keine normale Partei, sondern die umbenannte SED, die in West wie Ost Altkommunisten und Schönfärber der DDR unter ihrem Dach vereint. Das haben die Vorfälle in Niedersachsen wieder einmal bewiesen. Schon aus diesem Grund ist klar: Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei kann für keine demokratische Partei eine Option sein. Es genügt jedoch nicht, die Linkspartei wegen ihrer totalitären Wurzeln zu verteufeln, wir müssen uns auch mit ihren politischen Forderungen und ihren Taten auseinandersetzen. Die bisherige Erfahrung mit drei rot-roten Landesregierungen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zeigt deutlich: Wo die Linkspartei regiert, kommen die Interessen der Menschen unter die Räder. So war Sachsen-Anhalt während der gesamten Zeit der rot-roten Regierung das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Erst als die CDU unter Wolfgang Böhmer die Regierung übernommen hatte, verbesserte sich die Situation. Schlusslicht in der Arbeitslosenstatistik war danach das ebenfalls rot-rot geführte Mecklenburg-Vorpommern.

Auch im von der Linkspartei mitregierten Berlin ist die Arbeitslosenentwicklung verheerend.

Innerhalb der ersten vier Jahre rot-roter Regierung sank z. B. die Zahl der Industriebeschäftigten um 14,5 Prozent. Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote trotz des bundesweiten Aufwärtstrends bei 15 Prozent.

Die Verschuldung ist in sämtlichen Ländern, in denen die PDS an der Regierung beteiligt war, explosionsartig gestiegen: In Mecklenburg-Vorpommern hat sich der Schuldenberg in den acht Jahren der Regierungsbeteiligung beinahe verdoppelt, in Sachsen-Anhalt zwischen 1994 und 2002 mehr als verdreifacht, und in Berlin sind die Schulden innerhalb der ersten Legislaturperiode unter Rot-Rot um über 50 Prozent gestiegen. Auch auf dem zukunftsentscheidenden Feld der Bildungspolitik hat Rot-Rot versagt. Das gibt sogar der Berliner Finanzsenator Sarrazin (SPD) zu. Er erklärte, bayerische Schüler wüssten „mehr ohne Abschluss als unsere in Berlin mit Abschluss.“

Elterngeld auch bei Vätern erfolgreich

Immer mehr Väter nutzen die Möglichkeit, eine berufliche Auszeit zu nehmen, um sich ihrem Nachwuchs widmen zu können. Während im ersten Quartal 2007 erst 6,9 Prozent der Väter Anträge auf Elterngeld stellten, hat sich diese Zahl im vierten Quartal 2007 auf 12,4 Prozent fast verdoppelt. Dies zeigt deutlich, dass mit dem neuen Elterngeld auch Väter die Chance bekommen haben, sich mehr in die Familienarbeit einzubringen. Aktuelle Studien zeigen immer wieder, dass Frauen durch die Familienarbeit häufig überlastet sind, wenn sie diese alleine oder neben der Ausübung eines Berufes stemmen müssen. Wichtig ist es daher, dass Männer auch die gleichen Pflichten übernehmen. Mit dem Elterngeld ist dies auch bei Einverdienern finanziell möglich geworden. Das Elterngeld ersetzt in den ersten zwölf bis 14 Monaten nach Geburt des Kindes für erwerbstätige Eltern 67 Prozent des wegfallenden Einkommens – mindestens 300 Euro maximal 1.800 Euro –, wenn die Arbeitszeit auf maximal 30 Stunden pro Woche reduziert wird. Bei Geringverdienern wird der Betrag aufgestockt, beim zweiten oder weiteren Kind innerhalb von 36 Monaten gibt es einen Geschwisterbonus. Nicht Erwerbstätige erhalten einen Mindestbetrag von 300 Euro.

Kenntnisse über DDR unverzichtbar für Demokratie

Die bei einer Studie der Freien Universität Berlin festgestellten geringen Kenntnisse deutscher Schüler über die DDR sind eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Beschämend ist besonders der geringe Kenntnisstand in Berlin und Brandenburg, wo die Eltern und Großeltern der heutigen Schüler den Folgen der deutschen Teilung und der SED-Diktatur direkt ausgesetzt waren. Bemerkenswert ist, dass die bayerischen Schüler noch am besten über die DDR informiert waren und der Kenntnisstand der bayerischen Hauptschüler sogar noch über dem der Gymnasiasten in Brandenburg lag. Dabei gehören Kenntnisse über den Aufstand am 17. Juni 1953, über den Mauerbau, den Schießbefehl, die Stasi, Hohenschönhausen und Bautzen zur Mindestbildung, über die jeder Schulabgänger in Deutschland verfügen sollte. Die Kultusministerkonferenz ist aufgefordert, die Studie des Forschungsverbundes aufzugreifen und sich über die notwendigen Schlüsse zu verständigen. Eltern und andere Zeitzeugen stehen in der Verantwortung, mit den Jugendlichen über ihre Erfahrungen mit dem DDR-Regime zu sprechen. Filme wie „Das Leben der Anderen“ von Florian Henckel von Donnersmarck sind dazu ein guter Anlass. Nur wer über die Taten, Opfer und Folgen der SED-Diktatur nichts weiß, gerät in Gefahr, den Tätern von damals auch heute wieder zu Macht und Einfluss zu verhelfen.

Zu guter Letzt:

Mein Tipp der Woche:

Die Attentäterin von Yasmina Khadra

Selten gibt es Bücher, die innere Konflikte und politisches Tagesgeschehen so eng verknüpfen. „Die Attentäterin“ ist die Geschichte eines israelischen Ehepaares, dem bekannten Arzt Dr. Amin Jaafari und seiner Frau Sihem. Beide sind arabischer Herkunft, fühlen sich aber vollkommen in der israelischen Gesellschaft integriert. Bis zu dem Tag, als Amin die Nachricht erreicht, dass seine Frau bei einem Selbstmordattentat getötet wurde. Ein schrecklicher Verdacht verhärtet sich: Sie war kein Opfer, sondern die Täterin. Gequält von den Eindrücken, will Amin wissen, was seine Frau zu dieser grausamen Tat gebracht hat.

Ein „Muss“ für jeden, der Palästina und seine Lage verstehen will